

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,50. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4068 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die übergehaltene Periode oder deren Raum 15 Pf. für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., answärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 175.

Dienstag den 30. Juli 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Strach-Tarif.

Der auch von unserem Blatte veröffentlichte neue Zolltarif, der, so sehr auch aus taktischen Gründen die agrarische Presse auf ihn schimpft, dennoch die kühnsten Wünsche der Agrarier erfüllt, fällt in die Zeit des schlimmsten wirtschaftlichen Niederganges. Bankrotte wohin man blickt, Stockung des Absatzes, Finanzschwindelen, heillose Verwirrung und Angst bei den kleinen Geldleuten um ihren Besitz, Arbeitslosigkeit und Elend bei den breiten Arbeitermassen. Es ist gerade, als sei dieser Zolltarifentwurf vom Fatalismus diktiert. Wir sind einmal auf lange Zeit ruiniert, der Absatz ist dahin, schlechter kann er nicht werden, also mag getrost der Karren in den Abgrund rollen. Wie mag es mit den Reichsfinanzen ausfallen, wenn man den Muth zu solchen Zollforderungen findet! Im Reichsschatzamt muß angesichts der Forderungen des Militarismus eine völlige Verzweiflung herrschen, wenn man diese Wege einschlägt. Dieser vom Agrarierinteresse diktierte Zolltarif ist nichts anderes als der Tarif des Krachs, des unaufhaltsamen wirtschaftlichen Niederganges Deutschlands.

Die Heimlichkeit, mit der die Vorbereitungen betrieben worden sind, beweist, wie sehr sich die Reichsregierung bewußt ist, daß sie das ganze Volk bei ihrem Beginnen gegen sich hat. Selbst der Bundesrath scheint sich nicht einig zu sein. Schon die vorzeitige Veröffentlichung des Entwurfes durch den Stuttgart-„Beobachter“ läßt dies erkennen und dann hat ja auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ jetzt, nachdem sie die „bedauerliche Indiskretion“ annahm, zugegeben, daß der Entwurf „die Verathungen des Bundesraths noch nicht durchlaufen hat, und daß also auch weder die Vorchriften des Gesetzes noch die Sätze des Tarifs schon unabänderlich als Grundlage für die Verathungen des Reichstags feststehen.“ Darauf aber kann man nicht viel geben. Die Körperschaft des Bundesraths ist nach ihrer ganzen Zusammenfassung nicht geeignet, agrarischen Forderungen Widerstand entgegen zu setzen. Obgleich hat im Bundesrath Preußen das Uebergewicht. Mit Preußen aber stimmt stets das Königreich Sachsen, welches längst nichts mehr ist als eine preussische Provinz. Aber auch Bayern, mit seiner durch die Agrarbewegung verheßten Kleinbauernschaft wird zustimmen. Was will demgegenüber der Widerspruch der badischen, württembergischen, einiger kleinerer Regierungen oder der Hansestädte sagen? Die Zustimmung des Bundesraths zu dem Hungersnottarif ist also sicher.

Mit diesem Zolltarif stehen wir am Vorabend eines Kriegs, zwar nicht des militärischen Kriegs, aber des nicht weniger furchtbaren wirtschaftlichen Kriegs: des Zollkriegs. Unsere Nachbarländer können die ungeheuerliche Vertheuerung ihrer auf den deutschen Markt gefandten Produkte nicht ruhig hinnehmen; die Pressstimmen des Auslands führen denn auch eine drohende Sprache. Man wird die deutsche Zollhöhung mit höheren Kampfzöllen beantworten.

Aber Deutschland tritt in diesen Zollkrieg unter den schwierigsten Umständen ein. Amerika, Oesterreich, Rußland, England sind unsere Hauptabnehmer. Unsere Industrie exportirte 1900 nach den Vereinigten Staaten für 439,7 Millionen Mark Waaren, nach Rußland für 324,9 Millionen Mark, nach Oesterreich-Ungarn für 510,7 Millionen Mark. Diese Ausfuhr hat unsere Industrie nötig, denn der inländische Markt ist, wie die Krise zeigt, ruiniert und nicht im Stande, die erzeugten Waarenmengen aufzunehmen. Wo aber soll die deutsche Industrie hin mit ihrer Ueberproduktion, wenn jetzt durch den Zollkrieg unsere besten Absatzgebiete uns verloren gehen? Soll etwa Bilow's famoser „Platz an der Sonne“ diese Waaren aufnehmen und hält Bilow das Auftreten des General-Weltmarkts in China für so „fruchtbringend“, daß die Chinesen nun mit Hurrah deutsche Waaren kaufen werden?

Daß die deutsche Regierung sich allen Ernstes auf einen langwierigen Zollkrieg vorbereitet, zeigen gerade die ungeheuren Verschärfungen der Zollsätze und der § 8 des Entwurfs. Dieser Paragraph gestattet, zollpflichtige Waaren mit Kampfszöllen bis zum vollen Werth der betreffenden Waaren, zollfreie Waaren mit Kampfszöllen bis zum halben Werthe zu belegen! Wie man den fremden Staaten militärisch mit Armeen und schwimmenden Festungen imponiren will, so will man ihnen wirtschaftlich imponiren durch die gewaltthame Sperrung der Waareneinfuhr. Wo schade, daß die Länder, denen man „imponirt“, auch Armeen und Kriegsschiffe, auch Fabriken und Handelshäuser besitzen und uns weit empfindlicher schädigen können, wie wir sie.

Der drohende Zollkrieg wird die wirtschaftliche Zusammenbruchperiode Deutschlands um ein paar Wegstreden weiter bringen. Wir haben bisher nur die Katastrophen der Ueberproduktion und der Ueberspekulation gesehen, diese Katastrophen aber werden sich jetzt erweitern zu einer künstlich herbeigeführten Katastrophe einer allgemeinen

Abjahstodung und einer allgemeinen Vertheuerung des Lebensunterhalts.

Ein Blick auf die wichtigsten Zollsätze des Tarifentwurfs zeigt dies schon. Die erhöhten Getreidezölle, werden das Brod enorm vertheuern. Daneben sollen, wie wir schon durch Abdruck der Zollsätze gezeigt haben, Hülsenfrüchte, Sämereien, Handels- und Gewerbspflanzen, Küchengewächse, Obst- und Forstprodukte theilweise bedeutende Erhöhungen erfahren. Gerade zu unglücklich ist die beabsichtigte Erhöhung der Vieh- und Fleischzölle, wobei sogar die bisherigen Zollbegünstigungen für die Grenzbewohner wegfallen sollen; selbst Heringe, Butter, Käse und Eier sind dabei von bedeutenden Erhöhungen betroffen. Der Zoll der Mühlenfabrikate ist durchweg verdoppelt, bei den Getränken ist die Zollsteigerung so hoch, daß ausländischer Wein in Kässern in Zukunft statt 10 bis 20 Mark, 24 bis 160 Mark Zoll bezahlen soll.

Unter den Industrieerzeugnissen werden namentlich alle Waaren der Textilindustrie, durch die Unterbindung der Einfuhr ausländischer Garne infolge enormer Zoll erhöhungen, eine Preisvertheuerung erfahren. Alles werden wir theurer bezahlen müssen; vom Anzug und dem Frauenkleid begommen bis herunter zu Strümpfen und Handschuhen. Tischler- und Holzwaaren sind im Zoll vertheuert worden, durch eine Zollhinaufschraubung der Papierfabrikationsbedarfsartikel wird das Papier im Preise noch mehr getrieben als bisher. Das Glas, das Eisen, Holz- und Stabeisen, Blech, Draht, Schienen, Dampfmaschinen, Werkzeugmaschinen, Motoren, Elektrische Apparate, Fahrräder, (150 Mk. Zoll !!) bis herab zum Kinderspielzeug ist alles im Zoll hinaufgetrieben und somit auch im Preise vertheuert.

Die Agrarier haben ihre erhöhten Getreide-, Vieh- und Fleischzölle, die Industriellen ihre erhöhten Industriezölle. Sie haben ein Handelsgeschäft gemacht, ein Handelsgeschäft zu Gunsten von vielleicht Hunderttausend agrarischen und industriellen Unternehmern. Die vielmillionenköpfige proletarische Konjumenten- und Produzentenmasse zu fragen, hat man als vollständig überflüssig erachtet. Es ist Alles so gekommen wie wir so schon seit Monaten an dieser Stelle vorausgesagt haben.

Bedürfte es noch eines Beweises, daß im deutschen Reich die Ausbeuterklasse die Macht in Händen hat und trotz Reichstagswahlrecht und politischen Rechten die Masse des Volkes nichts gilt — durch diesen Zolltarif wäre der Beweis gegeben.

Die deutsche Ausbeuterklasse, ob agrarisch oder industriell, will sich die Hände waschen in den zu Millionen gehäuften Arbeitergroßchen. Der Arbeiter muß die Preisvertheuerung, die die Zölle herbeiführen, bezahlen; er muß auch die Zölle an sich tragen. Er muß der Reichskasse Hunderte von Millionen Mehreinnahme zuführen und muß den Ausbeutern die Tasche füllen. Das ist das dummpfiffige Rechenexempel, welches diesem Attentat auf die Taschen des Volkes zu Grunde liegt.

Und weil in der kapitalistischen Gesellschaft der Egoismus zum sittlichen Prinzip erhoben ist, deshalb denkt jeder dieser Ausbeuter in seiner Bereicherungswuth nur an sich selbst. Wenn auch der Nachbar durch Verlust eines Absatzgebietes zu Grunde geht, was liegt daran! Dieser Egoismus macht das Ausbeuterverhalten so kurzichtig, daß es gar nicht zu sehen vermag, wie dieser Zolltarif den ausländischen Markt ruiniert und Deutschland an den Rand des Bankrotts bringt.

Und die Regierung? Sie denkt an die Agrarier, von denen sie abhängig ist und mit denen sie es nicht verderben will. Deshalb der Getreidezoll. Sie denkt an den Militarismus, der Millionen verlangt. Deshalb die ganzen Zoll erhöhungen. Dabei erklärt sie sich für den Abschluß von Handelsverträgen, bringt aber den Doppeltarif, den die Agrarier lieben, weil er den Abschluß von Handelsverträgen erschwert.

Währendem aber gestaltet sich die wirtschaftliche Lage düsterer und drohender. Wie wird bei solcher „Handelspolitik“ das Ende sein?

Für die Sozialdemokratie ist der Weg vorgezeichnet. Sie wird der Ausbeuterpolitik Opposition machen und die Volksbelastungen zu verhindern suchen, wenn nicht anders möglich dann mit der Waffe der Obstruktion!

Bericht

über die

parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion.

14. November 1900 bis 15. Mai 1901.

Berichterstatter: Emanuel Warm.

(Fortsetzung.)

Der Toleranzantrag.

Der „Toleranzantrag“ des Zentrums, der Gesetzesentwurf betreffend die Freiheit der Religionsübung, ist in der Kommission durchberathen und durch Anträge unserer Fraktionsvertreter wesentlich verbessert worden. Daß gerade das Zentrum für Toleranz eintritt, mußte ja mit Erstaunen und

Mißtrauen erfüllen. Wie unser Redner bei den Plenarverhandlungen der ersten Lesung hervorhob, ist „die katholische Kirche nicht nur dogmatisch intolerant, sondern fordert auch prinzipiell die politische Intoleranz und prinzipiell die Unterdrückung der anderen Religionsgemeinschaften“. Nur die Macht der Umstände hat ihr die Toleranz aufgezwungen, sie „dünkt ein Uebel, daß sie nun einmal nicht ändern kann“. Dem gegenüber ist unsere Partei die Vertreterin der vollen Gewissens- und Glaubensfreiheit, und deshalb fordern wir volle Trennung von Kirche und Staat und erklären die Religion als Privatfache. „Der Antrag des Zentrums trennt zwar die Kirche vom Staat, aber nicht den Staat von der Kirche. Sie will nach wie vor das Geld des Staates haben und seine Macht in der Schule und der Verwaltung für ihre Zwecke weiter benutzen“.

Bei den Kommissionsberatungen zwangen unsere Vertreter nach dem offenen Bekenntniß des Abg. Bachem das Zentrum dazu, wider seinen Willen die Konsequenzen seines Antrages zu ziehen und die angebliche Toleranz zu einer wirklichen auszugestalten. Das Vorgehen des Zentrums war nur dadurch veranlaßt, daß in Aachen, Braunschweig, Sachsen und einigen anderen Bundesstaaten den Katholiken nicht ebenso freie Religionsübung wie den Evangelischen gestattet ist. Nur diese Intoleranz wollte das Zentrum beseitigen, für die Andersdenkenden und die Dissidenten hatte es nichts übrig. Der zweite Theil des Antrages, der die Rechte der Religionsgemeinschaften regelt, wollte überhaupt nur von den anerkannten etwas wissen, schloß also die Dissidenten gänzlich aus. Dieser zweite Theil ist, da er keine Mehrheit gefunden hätte, vom Zentrum vorläufig zurückgezogen worden. Der Kommissionsbericht, welcher nicht weniger als 70 Druckseiten enthält und 123 Beilagen bringt, giebt eine Zusammenfassung der Bestimmungen im Reich und in den Bundesstaaten über die Religionsübungen — ein Bild der Intoleranz der katholischen wie evangelischen Gesetzgebung, die beide darin weitestehen, die Meinung des Anderen zu unterdrücken. Die Konserwativen traten auch in der Kommission für den religiösen Zwang ein, und sie allein waren es, die schließlich die Kommissionsbeschlüsse ablehnten, während unsere Vertreter denselben zustimmten. Der Gesetzesentwurf stellt jetzt den Grundgedanken an die Spitze, daß jedem Reichsbürger volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften sowie der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung zusteht. Die religiöse Erziehung der Kinder sollten nach den Vorschlägen unserer Vertreter die Träger der Eltern Gewalt gemäß dem Bürgerlichen Gesetzbuch zu bestimmen haben. Die Kommission beschloß, daß die Vereinbarung der Eltern maßgebend ist, die jeder Zeit getroffen und geändert werden kann, auch nach dem Tode eines oder beider Gatten befolgt werden muß. Wenn eine Vereinbarung der Eltern fehlt, gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches, nur darf der neben dem Vater oder der Mutter aufgestellte Vormund oder Pfleger die religiöse Erziehung nicht beliebig ändern. Durch unsere Vertreter wurde hinzugefügt, daß kein Kind wider den Willen der Eltern resp. Erziehungsberechtigten zur Theilnahme am Religionsunterricht oder am Gottesdienst einer Religionsgemeinschaft, der es nicht angehört, gezwungen werden kann. Weitergehende Anträge unserer Partei drangen nicht durch, so, den Zwang zur Theilnahme auch in Bezug auf den Religionsunterricht der eigenen Religionsgemeinschaft des Kindes zu beseitigen bezw. den Religionsunterricht überhaupt aus der Reihe der schulpflichtigen Lehrgegenstände in allen Schulen zu entfernen und ausschließlich der privaten Thätigkeit der Religionsgemeinschaften zu überlassen. — Beschlossen wurde ferner, daß das Recht zur selbständigen Wahl des religiösen Bekenntnisses dem Kinde mit dem 14. Lebensjahre zusteht; ferner, daß der Austritt aus einer Religionsgemeinschaft durch einfache Erklärung an das Amtsgericht zu Händen der betreffenden Religionsgemeinschaft erfolgt, und zwar nach einem Antrage unserer Vertreter kosten- und strempelfrei. Der Ausgetretene kann zu Leistungen, die auf der Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft beruhen, nicht mehr verpflichtet werden, soweit dieselben nicht kraft besonderer Rechtsmittel auf bestimmten Grundstücken haften oder von allen Grundstücken eines Bezirkes, oder einer bestimmten Klasse derselben ohne Unterschied getragen werden. Niemand ist gehalten, für Aufwendungen für eine Religionsgemeinschaft, der er nicht angehört, Beiträge zu leisten.

Bei der ersten Lesung im Plenum hatte der Reichskanzler Graf Bilow ganz außergewöhnlich schon vor der Verathung im Namen der verbündeten Regierungen erklärt, daß sie sich außer Stande sähen, diesem Antrage zuzustimmen, da er die verfassungsmäßige Selbstständigkeit der Bundesstaaten auf einem Gebiete beschränken will, das sie der Zuständigkeit ihrer Landesgesetzgebung vorbehalten müssen“.

Daß die verbündeten Regierungen ihren Widerspruch zurückziehen, ist nicht anzunehmen, obwohl die Kommission mit 28 gegen 3 Stimmen ihre Beschlüsse faßte. Aber hinter den 3 Stimmen steht die evangelische Orthodoxie und diese ist ja von maßgebendem Einfluß auf die Mehrzahl der Regierungen.

Die Reichstags-Diäten.

Die Diätenlosigkeit der Reichstagsabgeordneten, durch die Bismarck einst unsere Partei zu schädigen dachte, wird gerade von unseren Gegnern am drückendsten empfunden. Etwa zum zehnten Male stellen diese daher einen Antrag, Diäten zu gewähren und nach Verathung in einer Kommission beschloß der Reichstag am 8. Mai 1901 mit 185 gegen 70 konservative Stimmen:

Der Artikel 32 der Reichsverfassung wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

Die Mitglieder des Reichstags erhalten aus Reichsmitteln während der Legislaturperiode und zwar so lange der Reichstag verammelt ist, sowie acht Tage vor Eröffnung und acht Tage nach Schluß desselben, freie Fahrt auf den Eisenbahnen und für die Dauer ihrer Anwesenheit in Berlin Anwesenheitsgelder in Höhe von zwanzig Mark für den Tag. Der Anwesenheit in Berlin steht es gleich, wenn der Abgeordnete durch Arbeiten für den Reichstag verhindert ist, in Berlin anwesend zu sein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Ein Logis zu vermieten
Brüderstraße 9, II.

Freundlich möbl. Parterre-Zimmer
für junge Leute Rosenstraße 29.

Zu vermieten zum 1. October die 2. Etage, 3 Zimmer, Küche und Zubehör, Preis 250 Mark Georgstraße 80.

Gesucht zu sofort eine Etage oder heller Raum zur Werkstatt vorm Postenthor. Offerten unter N. B. 98 an die Expedition dieses Blattes.

Zum 1. August ein kräftiger sauberer Laufbursche für den ganzen Tag gesucht.
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Geucht ein junger Knecht
bei hohem Lohn H. Jessel, Schönböden.

Fahrrad, neu, sehr billig
Fischstraße 27, p. I.

Am 12. Juli 1901 ist hieselbst die Inhaberin eines Trödlergeschäftes, Wittwe C. M. E. Cornelsen, geb. Schreef, verstorben. Im Auftrage des Gastwirths M. S. H. Cornelsen hieselbst, als alleinigen Erben, fordern wir hiermit alle Diejenigen, an welche die Verstorbene Forderungen hatte, auf, die noch rückständigen Zahlungen bis zum 15. August des Jahres in unserem Bureau, Mengstraße 2, 1, zu entrichten.

Dres. Muus & E. Brehmer.

1901er Frühbrut
Gänse! Enten! Hühner!
garantirt lebende Ankunft franco und zollfrei per Nachnahme: 7 Stück große vollkommen schlachtreife Gänse Mk. 20; 15 Stück schönste fettfleischige Enten Mk. 21; 20 Stück fetter Schlachthühner Mk. 18; 15 Stück baldleugende Zuchtthühner Mk. 20.
M. Kaphan, Bodwosocznka.

Spirituosen
aller Arten
in bekannter Güte in Gebinden u. Flaschen empfiehlt
T. Buhrmann.

Allerfeinste
Matjesheringe
Delicate
Sommerfang-Heringe
in Gebinden jeder Größe und Stückweise empfiehlt
T. Buhrmann.

IN FREIEN STUNDEN



ILLUSTRIRTER ROMAN BIBLIOTHEK HEFT 10 PFENNIG

Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsehen . 1,50,
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Süßstraße 32.

Gewandte Bierführer
oder sonstige Leute, die gewillt sind, sich hier am Plage als
Flaschenbierhändler
selbstständig zu machen und zu diesem Zweck mit einer seit mehreren Jahren hier eingeführten anspruchsvollen **Großbrauerei** in Verbindung zu setzen, wollen ihre Adresse unter A 59 in der Expedition d. Bl. gest. niederlegen.
Auf **Unterstützung** kann gerechnet werden.

Eröffnung meiner neu renovirten Lokalitäten
am Donnerstag den 1. August.
Gleichzeitig stelle dieselben kleineren Vereinen und Clubs zu Versammlungen etc. zur gefälligen Verfügung.
Hochachtungsvoll
Johs. Eggers, Stavenstr. 33.
(Zu den vier Jahreszeiten)

Wichtig für jeden Arbeiter
ist das soeben im Verlag von R. Lipinski erschienene:
Merkbüchlein über das Recht im gewerbl. Arbeitsvertrag.
Bearbeitet nach dem Bürgerl. Gesetzbuch und der Reichsgewerbeordnung.
Preis 10 Pfg.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Im Verlage der **Franckh'schen Verlagshandlung, Stuttgart,** erscheint:

Behse's Illustrierte Geschichte des preussischen Hofes
des Adels und der Diplomatie vom großen Kurfürsten bis zum Tode Kaiser Wilhelms I., fortgesetzt von Behse redivivus.
Einzige umfangreiche, bis zur neuesten Zeit fortgeführte und unabhängig geschriebene Geschichte des preussischen Hofes.



Prinzessin Elisa Radziwill, Jugendliebe Kaiser Wilhelms I.

In 30 Bänden zu 50 Pfg. oder gebunden in 6 Bänden zu Mk. 2,50, oder nach Erscheinen in 2 feinen Geschenkbänden geb. Mk. 18 50 (auf Wunsch gegen Monatsraten zu Mk. 2.— bis Mk. 3.—)

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Im Verlag „Aufklärung“, Berlin (Verlag der Socialistischen Monatshefte) ist soeben erschienen:

Die Helden der Menschheit.
Dasselbe ist seiner volksthümlichen Verständlichkeit wegen jedem Bildungsbesessenen sehr zu empfehlen.
Jeder Lebensbeschreibung ist das Bild des Betreffenden beigegeben.
Das Werk erscheint in ca. 50 Lieferungen à 20 Pfg. und ist zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Jedem Genossen zur Anschaffung empfohlen
sowie die beiden im Verlage der Socialistischen Monatshefte in Berlin soeben erschienenen Schriften:
Eduard Bernstein:
Wie ist wissenschaftlicher Socialismus möglich?
Preis 1 Mark.
Agitationsausgabe 20 Pfg.

Paul Kampffmeyer:
Wohin steuert die ökonomische und staatliche Entwicklung.
Preis 1 Mark.
Agitationsausgabe 30 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Liebknecht's Fremdwörterbuch
in 13 Lieferungen à 20 Pfg. Gebd. 3,20 Mk.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Die **deutsche Gewerkschaftsbewegung.**
Von C. Legien. Preis 20 Pfg.
Die Genossenschaftsbewegung.
Von A. v. Elm. Preis 20 Pfg.
Von Gotha bis Wunden.
Von J. Auer. Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Achtung!
Wer für wenig Geld gute haltbare Sohlen haben will, der wende sich an die neue Besohlanstalt von R. Schmidt, adowastraße 10.
Bei mir kosten von heute ab:
Herren-Sohlen 1,50 Mk., Abs. 50-60 Pf.
Damen-Sohlen 1,— Mk., Abs. 40-50 Pf.
Kinder-Sohl. v. 60 Pf. an, Abs. v. 30 Pf. an.
Nur fest und dauerhaft wie bisher.
R. Schmidt.
NB. Auf Wunsch kann auf Sohlen wie Reparaturen gewartet werden.
Passagierdampfschiffahrt.
Ab Travenpavillon 2,00 Nachm. Lübeck-Travemünde täglich. Lübeck-Dassow Mittwoch und Sonnabends. Näheres Fahrplan.

Billige Uhren-Reparatur-Werkstatt.
Verkauf und Reparatur. Mehrjähr. Garantie. Uhren einzeln 1,50 Mk. Uhrgläser 30 Pfg. Taschenuhren von 5 Mk. an, Wanduhren von 3 Mk. an. Regulatoren von 10 Mk. an.
H. Schultz, Uhrmacher, Johannisstraße 3.

Gewerkschafts-Ausflug

Diejenigen, welche auf dem Festplatz in Israelsdorf mit Lebens- und Genussmitteln austreten wollen, sowie solche Personen, welche eine

Zapfstelle
dortselbst übernehmen wollen, müssen sich bis zum 1. August d. J. schriftlich beim Comité, Johannisstraße 50 melden.

Diejenigen, welche sich zu einer Zapfstelle melden, haben in ihrem Schreiben anzugeben, welcher Gewerkschaft sie angehören.
Das Comité.

Spareclub Sorgenlos.
Versammlung
am Dienstag den 30. Juli
Abends 8 1/2 Uhr
bei Wilh. Menschel, Untertrave 53.

Holzarbeiter-Verband
Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 30. Juli
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.
Tages-Ordnung:
1. Das 19. und 20. Jahreshundert. Referent: Genosse Stelling.
2. Kartellbericht.
3. Fragekasten.
4. Verschiedenes.
Collegen! Agitirt für zahlreichen Besuch!
Die Lokalverwaltung.

Kranken- und Sterbefälle „Fidelitas“, G. S. Nr. 19
Extra-General-Versammlung
am Mittwoch den 31. Juli
Abends 9 Uhr
in den Centralhallen (B. Borgwardt).
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom verfloffenen Halbjahr.
2. Vorstandswohl laut § 17.
3. Innere Kassenangelegenheiten.
NB. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese Generalversammlung laut § 22 Abs. 3 beschlußfähig ist.
Der Vorstand.

Ausserordentliche General-Versammlung der Sterbefälle der Männer am Donnerstag den 1. August cr.
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
Statuten-Änderung. Verschiedenes.
Um das Erscheinen aller Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Gesangverein „Eintracht“

Vogelschießen
mit Concert, Damen- u. Kindervergüßen mit nachfolgendem Ball
am Sonntag den 4. August 1901
im „Gesellschaftshaus Adlershorst“.
Vogelschießen: Vorm. 11-1 Uhr, Nachm. 4 Uhr.
Damen- und Kindervergüßen 4 Uhr.
Ball 7-2 Uhr.
Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.
Einführung gestattet.
Das Festcomitee.

